

FDP-Fraktion

Herrn Klaus Volker Walter

Herrn Raimund Hellwig

**Antrag vom 12.04.2022 gem. § 9 GO NRW:  
Ausnahmeparken für Behinderte - Bewohnerparkerlaubnis**

Die FDP-Fraktion fragt an, ob die Personen mit körperlichen Einschränkungen eine Sondergenehmigung für das Parken innerhalb der Bewohnerzonen erhalten können. Dabei ist die Bitte den Begriff „körperliche Beeinträchtigungen“ bei der Prüfung solcher Ausnahmegenehmigung „großzügig zu fassen“. Vorrangig soll es hierbei um Personen gehen, denen der Weg von der Garage zu dem Hauseingang fußläufig unzumutbar ist.

Es wird gebeten § 46 Absatz 3 der Straßenverkehrsordnung großzügiger auszulegen und das Ermessen in solchen Fällen in Anspruch zu nehmen.

§ 46 Absatz 3 Straßenverkehrsordnung bindet die Verwaltung nicht an der Entscheidung, ob eine Ausnahmeregelung erteilt wird oder nicht. Das Ermessen bezieht sich auf Absatz 1 des § 46. Absatz 3 regelt lediglich den Inhalt und die Ausführung einer Ausnahmegenehmigung, so dass diese auf Widerruf und mit Nebenbestimmungen versehen werden kann.

Nach § 46 Absatz 1 StVO kann die Straßenverkehrsbehörde im Einzelfall oder für bestimmte Antragssteller Ausnahmeregelungen für den Straßenverkehr erteilen. Man muss hier bereits beachten, dass es sich um Ausnahmen handelt, die nicht über die allgemeinen Regelungen der Straßenverkehrsordnung oder allgemein des Straßenverkehrsrechtes abgedeckt sind.

Für Personen mit „körperlicher Beeinträchtigung“ werden Ausnahmegenehmigungen für schwerbehinderte Personen ausgegeben. Diese Ausnahmegenehmigungen sind umgangssprachlich der blaue Parkausweis und der orangene Parkausweis. Personen mit solchen Parkausweisen dürfen bis zu 3 Stunden auf einem Bewohnerparkplatz, unter Auslegung der Parkscheibe, parken. Die Auslegung „körperliche Beeinträchtigung“ ist ein Begriff, der anhand Äußerlichkeiten im Einzelfall von der Straßenverkehrsbehörde nicht geprüft werden kann. Dazu bedarf es der Prüfung durch den Kreis Siegen-Wittgenstein. Eine örtlich festgelegte Regelung ergibt sich auch aus den Vorschriften nicht, die weitestgehend ausgelegt sind. Bei der Einführung einer Ausnahmegenehmigung bei großzügiger Prüfung für „körperlich beeinträchtigte Personen“ kann kein Personenkreis festgemacht werden, welcher unter solch einer Definition ohne ärztliche Begutachtung und Feststellung im Rahmen der Gleichbehandlung nach dem

Grundgesetz gefasst werden könnte. Dementsprechend übersteigt dies das Verhältnismäßigkeitsprinzip im Rahmen der Anwendung des Ermessens.

Personen, die tatsächlich und nach Definition und Prüfung körperlich beeinträchtigt sind, haben wie vorgenannt, bereits diverse Ausnahmen, auch über die Bewohnerparkzonen hinaus.

Für alle Personen, denen eine private Stellfläche zur Verfügung steht, existiert keine Berechtigung zur Erteilung eines Bewohnerparkausweises nach der VwV-StVO zu § 45 StVO Randnr. 35 X. Nr. 7. Muss Beispielsweise Einkauf in das Wohnhaus getragen werden, handelt es sich um einen Haltevorgang. Der Einkauf kann zum Beispiel am Grundstück abgestellt werden und das Fahrzeug anschließend umgehend in die Garage gefahren werden. Der Einkauf kann nach dem Parkvorgang am Wohngrundstück abgeholt und dann ins Haus getragen werden.

Mithin obliegt die Erteilung von Ausnahmeregelungen zwar im Ermessen der Straßenverkehrsbehörde, jedoch werden gewisse Personengruppen und Situationen vorgegeben, in denen ausnahmsweise eine Sonderregelung zu den Grundlagen der StVO notwendig ist. Daher kann die Straßenverkehrsbehörde, die von der FDP-Fraktion beantragte wohlwollende Prüfung von Ausnahmegenehmigungen nach § 46 StVO für körperlich beeinträchtigte Personen in Bewohnerparkzonen, nicht nachkommen.